

A b s c h r i f t

Liechtensteinischer Landtag.

Session 1903.

PROTOKOLL

über die I. Sitzung des Landtages am 5. November 1903
im Landtagssaale in Vaduz.

Anwesend waren der Regierungskommissär fstl. Kabinetts-
rat v. In der Maur und sämtliche Abgeordnete mit Ausnah-
me des Abgeordneten W. Fehr, für den der Ersatzmann Leh-
rer Andreas Heeb eingetreten ist.

I. Der Präsident verliest die landesherrliche Bestätigung
des Landtagspräsidiums, übernimmt den Vorsitz und die
Versammlung bringt ein dreifaches Hoch auf Seine Durch-
laucht aus.

II. Die Mandatsniederlegung des Abgeordneten W. Fehr wird
genehmigt und nachdem der Präsident auf die Wichtigkeit
des Verfassungseides hingewiesen hatte, wurde die Ver-
eidigung des Ersatzmannes Andreas Heeb vorgenommen.

III. Das Protokoll der Eröffnungssitzung wird verlesen
und genehmigt.

IV. Prüfung der Landesrechnung.
Zu der im Kommissionsberichte (Landesrechnung für 1902
Punkt 5 d) enthaltenen Bemerkung, es sei in den letzten
4 Jahren 1899-1902 zur Bekämpfung der Rufegefahren we-
sentlich geschehen, führt der Herr Regierungskommissär aus,
die im Komm.-Berichte angeführten Ziffern seien richtig
und unanfechtbar. Die Sache erhalte aber eine andere Be-
leuchtung, wenn folgende Umstände in Betracht gezogen
werden: Seitdem der gegenwärtige Landestechniker die
Rufebauten leitet, also seit 1896, seien für Rufen ins-

gesamt fast 60,000 K verbaut worden, in den letzten ^{vier} Jahren allerdings nur gegen 14,000 K, wovon die Landeskasse nur 4573 K getragen habe.

Der Herr Regierungskommissär verliest sodann ein detailliertes Verzeichnis jener Rufebauarbeiten, die seit 1897 geleistet wurden, weist darauf hin, daß sich hieraus ergebe, daß viel mehr geschehen sei, als augenscheinlich angenommen werde und führt sodann Folgendes aus: Wenn erwogen wird, daß in dem gleichen 4 jährigen Zeitraume 1899 - 1902 für Rheinbauten insgesamt fast 270,000 K aufgewendet wurden, wovon auf die Landeskasse 211,000 K entfallen gegenüber einem bewilligten Aufwand von nur 142,000 K, die Überschreitung in dieser Post also fast 70,000 K betrage, so wird sofort klar, warum eine regere Rufebautätigkeit nicht entfaltet werden konnte; der Herr Regierungschef habe nämlich die Verantwortung für ein fröheres Defizit im Landeshaushalte, das bei einer ausgedehnteren Rufebautätigkeit unfehlbar eingetreten wäre, nicht übernehmen wollen und habe daher alle größeren Rufebauten auf einen Zeitpunkt hinausgeschoben, wo die Rheinbauten der Hauptsache nach vollendet wären; ihn allein und niemanden anderer treffe die Verantwortlichkeit dafür, daß die Rufebauten zurückgestellt wurden und er scheue sich nicht, diese Verantwortung voll zu übernehmen. Der Zeitpunkt, wo für Rheinbauten weniger Aufwand erfordert werde, sei nunmehr gekommen und nunmehr sei auch Raum für eine lebhaftere Tätigkeit im Gebiete der Rufen geschaffen. Tatsächlich liegen schon seit einiger Zeit die vom Landestechniker Hiener verfaßten Projekte für Verbauung der Nendler- und Quaderer- Rufe vor; diese beiden Bauten-würden zunächst in Angriff genommen werden

und successive würden dann die übrigen Rufen nach Zulaß der verfügbaren Mittel daran kommen. Aus diesen Aufklärungen ergebe sich also, daß die Sache nicht so schlimm stehe, wie es auf den ersten Blick den Anschein habe; der Herr Reg.-Kommissär könne versichern, daß er die Verbesserung der Rufenverhältnisse mit zu seinen vornehmlichsten Aufgaben zähle und man könne darüber beruhigt sein, daß die Sache vorwärts gehen werde.

Der Präsident nennt das Ergebnis in Rufenbauten in Hinsicht auf die vollführten Arbeiten ein klägliches.

Abg. Ospelt, Mitglied der Rufenbaukommission, betont, daß in der betreffenden Kommission selbst als auch bei der Bevölkerung bezüglich der Verschleppung dieser Angelegenheit Unzufriedenheit herrsche.

Ingenieur Schädler bemerkt, daß auch auf die Rufenbauten mehr hätte verwendet werden sollen und daß im Bauamt nicht die nötige Energie obwalte, daß man sich jedoch mit den Versicherungen des Herrn Reg.-Kommissärs zufrieden stellen könne.

Zur Post: "Landschäftliche Sparkasse" spricht der Präsident: Es müsse dem Einleger daran gelegen sein, daß ein entsprechender Garantiefond vorhanden sei und der würde erhöht, wenn der Zinsfuß etwa auf $3 \frac{8}{10} \%$ zu Gunsten des Reservefondes herabgesetzt würde; Herr Reg.-Kommissär pflichtet dem bei mit dem Hinweis auf die Vorarlberger Kassen, welche $3 \frac{6}{10} \%$ und auf andere, die ^{noch} nur $2 \frac{1}{2}$ und 2% ausrichten. Der Präsident bedauert, daß die Parteien von der Annuitätenzahlung wenig Gebrauch machen und daß in unseren Fortbildungsschulen diese Einrichtung nicht erklärt werde. Der Herr Reg.-Kommissär und Herr Schulkommissär bemerken, daß in das neu zu schaffende Rechenbuch für die Oberklassen diese Rechnungsart aufgenommen werden wird. Heeb konstatiert, daß in mehreren

Schulen die Annuitäten-Rechnung behandelt werde, dieser Stoff aber bis anher durch den Lehrplan nicht vorgeschrieben sei.

Herr Landesvikar will bei dem Umstande, daß der Zehentfond des Churer Domkapitels abgenommen hat, diesbezüglich Vorstellungen machen.

Die Anfrage des Abg. Ingenieur Schädler, ob auch Studenten technischer Fächer mit Stipendien beteiligt werden, wird in bejahendem Sinne beantwortet; es wird als wünschenswert bezeichnet, den in der Liste verzeichneten Stipendiaten in Hinkunft die Art des Studiums beizufügen.

Die Landesrechnung wird einstimmig genehmigt.

V. Bei der Beratung des Budgets für das Jahr 1904 wird der letztjährige Modus einer zweimaligen Lesung beibehalten und erst bei der zweiten Lesung die Abstimmung vorgenommen.

+ Zu Post II-a 3. verliest der Präsident die in der Tagesordnung für den 5. & 6. November anberaumten Sitzungen auf pag. 18 niedergelegte Resolution und stellt selbe zur Debatte.

Der Herr Reg.-Kommissär verliest ein Programm über eine neu vorzunehmende notwendige Katastereinschätzung, welches Programm vom provisorischen Landesgeometer gemeinsam mit dem Landestechniker verfaßt wurde und nach welchem sich die Kosten einer Neueinschätzung auf circa 3500 K belaufen würden.

Herr Kabinettsrat führt aus: Er halte dafür, daß mit dem provisorischen Landesgeometer erst klare Verhältnisse geschaffen werden, bevor ihm eine so wichtige, nützliche

+ Zu Post II, Gerichtswesen, spricht der Präsident den Wunsch aus, die exekutiven Versteigerungen in der Zeitung bekannt zu geben.

und notwendige Arbeit übertragen wird; der Landtag und das Land wünschen, daß in den verschiedenen Zweigen etwas geleistet werde; es sei ein Vorteil für das Land, wenn der Landestechniker entlastet werde und äußert sich dahin, daß es wünschenswert wäre, einen Geometer definitiv anzustellen.

Der Herr Präsident spricht sich für die in der Resolution niedergelegten Gedanken aus und glaubt, daß die Sache weniger umständlich durchgeführt werden könnte, als im Programm auseinandergesetzt ist.

Herr Reg.-Kommissär vertritt den Standpunkt, eine so wichtige Arbeit sei lieber noch aufzuschieben, als sie schlecht zu machen.

Eine längere Debatte ergab die Notwendigkeit einer gründlichen Umgestaltung des Katasters.

Zum Kapitel Verkehrswesen stellt der Präsident an die fstl. Regierung das Ansuchen, bewirken zu wollen, daß das Telephon in dringenden Fällen auch während der Nacht benützt werden kann und daß die bezüglichen Dienststunden öffentlich bekannt gemacht werden.

Über Anregung der Finanzkommission hat die fstl. Regierung die Bestimmung getroffen, daß der Postwagen nunmehr auch den um 8 Uhr 11 Minuten von Feldkirch ^{her} in Schaan ein-
treffenden Zug abwartet.

Die fstl. Regierung erklärt sich bereit, über erfolgte Beschwerden und Anregungen nach Möglichkeit eine Besserung im Verkehrswesen herbeizuführen.

Die neuerlich verfügte Abänderung in der Zustellung der Briefe in Vaduz wird vom Abg. Ospelt als nicht ganz praktisch erachtet, weil Warenavis vom Bahnhofe in Schaan zu spät zugestellt werden und hiedurch Schaden und Kosten erwachsen können.

Abg. Kind rügt das Postverkehrsvesen am Eschnerberg und Lehrer Heeb den mangelhaften Telephondienst in Nendeln. Zur Post „Landeskultur“ a) verliest Herr Reg.-Kommissär ein Gutachten über die Erstellung einer neuen Verbindungsstraße zwischen Schaan und Eschen. Nach dem Projekt Forst-Rüfe - Eschnerried-Straße würden sich die Kosten auf circa 11,000 K, nach dem Projekt Brauerei-Schaan - Eschner-Riedstraße auf circa 14,000 K belaufen. Mit Rücksicht auf die projektierten Rüfeverbauungen soll gedachte Straßenbaute einstweilen zurückgestellt werden.

Zu VI a) erwähnt der Präsident, daß durch Abberufung des Adjunkten der fstl. Forstverwalter nicht mehr im stande sei, für die Gemeindewaldungen die notwendigen Arbeiten zu leisten.

Der Herr Reg.-Kommissär macht den Vorschlag, der Landtag möge sich bittweise an den Fürsten wenden, den früheren status wieder herzustellen.

Bei der Post „Bau des Regierungsgebäudes“ nimmt der Herr Präsident Veranlassung, gegen irrige Auffassungen und absichtlich verbreitete Lügen Stellung zu nehmen. Er betont, daß die Amtsräumlichkeiten teilweise zu klein und gegen Feuersgefahr zu wenig gesichert seien, daß der Kostenvoranschlagsbetrag voraussichtlich nicht überschritten werde, daß kein Fond angegriffen und die Steuern des Baues wegen nicht erhöht werden. In der oft gemachten Äußerung: es hätte das für den Bau ausgegebene Geld für die Gemeinden und die Landwirtschaft verwendet werden sollen, liege ein versteckter Angriff dahin zielend, als wäre seitens des Landes für die Gemeinden zu wenig geschehen. Redner weist nach, daß im Zeitraum von 10 Jahren ausgegeben wurden für Landeskultur . . . 861,576 K für Rheinbauten allein von 1893 - 1903 . . . 544,357 K für Schulzwecke 395,388 K

an Zuweisungen vom 1. Armenfond 56,872 K
an Steuerüberweisungen 30,000 K
in Summa 1,341,905 K,

kleinere Subventionen nicht gerechnet. Solche Tatsachen sollten veröffentlicht werden und das wird zur Aufklärung dienen.

Auf die Interpellation Falks, warum die Fundamentierung und der Rohbau nicht Einheimischen übertragen worden sei; antwortet Ingenieur Schädler, daß diese Art des Fundamentierens bei den mangelnden geeigneten Maschinen ein Einheimischer kaum hätte übernehmen können, daß für den Oberbau die Firma Fietz & Leuthold die billigste Offerte stellte, daß der Dachstuhl, der Sockel und die Flaschnerarbeiten an Inländer vergeben wurden, daß Holz und Ziegel soweit möglich von Einheimischen geliefert und alle Transporte von Einheimischen geleistet wurden und ^{daß} jeder Inländer Arbeit bekam, der eine solche ansprach.

Der Präsident verliest die Resolution der Finanzkommission betreffend den Abschluß eines neuen Zoll- und Handelsvertrages zwischen Österreich-Ungarn und der Schweiz und hiemit ist die erste Lesung des Budgets beendet und die Sitzung wurde geschlossen.

V a d u z , am 5. November 1903.

A. Feger m.p. Sekretär.

In der Sitzung vom 6. November 1903 genehmigt.

V a d u z , 6. November 1903.

Dr. Alb. Schädler m.p.

Präsident.